

25. April 1960

Maitag 1960

Von Erich Ollenhauer,
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

An diesem 1. Mai 1960 sind die großen Ideen des Weltfeiertages der Arbeit so lebendig wie je: Frieden, Freiheit, soziale Sicherheit. Aber sie leben nicht unter uns als erfüllte Wirklichkeit, sondern als Aufgaben und Ziele eines weltweiten politischen Ringens.

In diesem Monat Mai werden sich die Repräsentanten der mächtigsten Staaten der Erde treffen, um im direkten Gespräch die Ordnung in dieser Welt zu behandeln. An dieses "Gipfeltreffen" knüpfen sich die Hoffnungen von Millionen von Menschen, die bedrückt sind durch den Wahnsinn des Wettrüstens, den Terror der Unfreiheit und durch die Furcht vor Not und Unsicherheit.

Keiner der Männer, die an dem Gipfeltreffen teilnehmen, ist ein Sozialist, dem die Maifeier des demokratischen Sozialismus eine besondere Verpflichtung wäre; aber unsere Hoffnung ist, daß sie sich finden in dem Willen, eine vernünftige Regelung der Fragen zu sichern, die heute die Menschen aller Völker beunruhigen und bedrücken.

Die unmittelbare Bedrohung des Friedens erwächst heute aus dem Wettrüsten, vor allem mit atomaren Massenvernichtungsmitteln. Wann war unsere alte Forderung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung nach internationaler, allgemeiner und kontrollierter Abrüstung aktueller als heute? Unsere erste Maiforderung muß sein: Ächtung und Vernichtung aller Atomwaffen und aller atomaren Massenvernichtungsmittel. Keine Erweiterung des Atomklubs und feste Vereinbarungen der drei Atomkräfte über die sofortige dauernde Einstellung aller Versuchsexplosionen, über die Einstellung der Produktion und die Vernichtung der vorhandenen Bestände. Dazu Vereinbarungen über die systematische, schrittweise Beschränkung der konventionellen Waffen bis zur vollständigen Abrüstung. Natürlich müssen solche Vereinbarungen durch ein System wirksamer internationaler Kontrolle gesichert werden, aber es gibt kein anderes wirksameres Mittel zur Sicherung des Friedens als die Abrüstung. Heute ist dieses Wort umso mehr wahr, als ein neuer Krieg die totale Vernichtung der menschlichen

Gesellschaft bedeuten würde.

Die Forderung nach Abrüstung ist nicht nur eine Forderung, die wir Deutsche in der Bundesrepublik an andere zu richten haben. Wir gehören gewiß nicht zum Atomklub, aber unser Ehrgeiz sollte nicht schon wieder sein, die erste Militärmacht in der westlichen Verteidigungsgemeinschaft auf europäischem Boden zu sein, sondern wir sollten alles tun, was die Spannungen zwischen den Blöcken herabmindern und alles zu unterlassen, was anderen den Vorwand geben könnte, das Wett-rüsten weiter voranzutreiben. Das gilt vor allem für die atomare Aus-rüstung der Bundeswehr. Hier kann und wird sich an der eindeutig ablehnenden Haltung der Sozialdemokratischen Partei nichts ändern.

Frieden und Freiheit sind untrennbar. Nur in einer friedlichen Ordnung der Welt werden sich alle Völker der Freiheit erfreuen können. Umgekehrt ist die Unfreiheit und die Unterdrückung von Völkern auch eine ständige Bedrohung des Friedens. Auch der Weg zur Erreichung dieses Zieles ist beschwerlich und lang; aber auch hier ist die sozialistische Forderung die einzige dauerhafte Lösung: Sie erstrebt mit friedlichen Mitteln der Verhandlung und der Verständigung das Recht für jedes Volk, nach seinem eigenen freien Willen zu leben und seine innere Ordnung zu gestalten. Dabei wissen wir, daß eine solche Ordnung nur möglich ist, wenn - wie im Leben der Menschen unterein-ander - jedes Volk weiß, daß sein Recht zur freien Gestaltung seines eigenen Lebens seine Grenze findet in dem gleichwertigen Recht des Nachbarn.

Uns Deutsche bewegt hier am stärksten die Sorge um die Erhaltung der Lebensrechte und der Freiheit der Bevölkerung von Berlin. Unsere Hoffnung ist, daß die kommenden Verhandlungen diese Grundrechte er-halten, anerkennen und sichern. Unsere Hoffnung ist, daß sich ein Weg zeigen möge, der uns darüber hinaus zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und damit auch zur politischen und persönlichen Freiheit der siebzehn Millionen Deutsche in der Zone führen kann. Ihre Not ist in der totalen Vernichtung des selbständigen Bauerntums in der letzten Monaten besonders schmerzlich sichtbar und fühlbar geworden. Gerade am 1. Mai, wenn wir uns in unseren Kundgebungen und Feiern zusammenfinden, gedenken wir der Männer und Frauen in der Zone,

die in ihren Herzen die gleichen Ideale tragen und die unter Zwang einem Regime der Unfreiheit und der Unterdrückung huldigen sollen.

Es gibt an diesem 1. Mai auch noch eine weltweite soziale Not. Vergessen wir es nicht über unseren eigenen Sorgen, die auch in unserer Bundesrepublik noch viele Menschen bedrücken und belasten. Denken wir an die Millionen Menschen in den Entwicklungsländern, die nicht genug zum Leben haben. Denken wir in diesem Weltflüchtlingsjahr an die vielen Millionen, die als Vertriebene ihre Heimat verloren haben und deren Recht auf Heimat ein elementares, unverzichtbares Recht ist. In Ringen um die friedliche Lösung der Probleme der Welt stehen Recht auf Heimat und Recht auf soziale Sicherheit für alle gleichwertig neben dem Kampf für Frieden und Freiheit.

So sind an diesem 1. Mai unsere Herzen und Hirne voller Sorge und voller Hoffnungen. Die Welt der Freiheit, des Friedens und der sozialen Sicherheit, die geschaffen werden muß, wenn wir nicht untergehen wollen, wird nicht erstehen durch eine Wiederbelebung alter gesellschaftlicher und politischer Ordnungen oder durch Gewalt und Unterdrückung. Diese neue Welt muß die Welt des freiheitlichen, demokratischen Sozialismus sein. Sie ist begründet auf dem Respekt vor der Würde jedes einzelnen Menschen und auf der Anerkennung des Lebensrechtes jedes Volkes. Der Sozialismus appelliert an die Vernunft der Menschen. Wissenschaft und Technik haben heute eine Lage geschaffen, in der alle Menschen und alle Völker ohne Furcht und ohne Not in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können.

Unsere Aufgabe als Sozialisten ist es, immer von neuem durch Wort und Tat an die Menschen und die Völker zu appellieren, daß sie mit uns gemeinsam die neue Ordnung aufbauen. Hier zu Hause, in der Bundesrepublik, wollen wir beginnen. In den kommenden großen innenpolitischen Auseinandersetzungen und Wahlkämpfen wollen wir unsere wachsende Kraft und Zuversicht beweisen. Darum feiern wir den Maitag 1960 als Aufruf zu neuer Arbeit und zu neuen Kämpfen für die Verwirklichung der alten großen Maitideale: Frieden, Freiheit und Recht.

Französische Sorgen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die innenpolitischen Probleme Frankreichs, die in den letzten Wochen von der regen diplomatischen Tätigkeit überschattet wurden, treten jetzt, während der 17-tägigen Abwesenheit de Gaulles, wieder in den Vordergrund. Der französische Staatschef hat sich mit einem nur kleinen Gefolge nach Amerika begeben; die Regierung Debré hat in der Zwischenzeit schwere Probleme zu meistern, die sich fast auf allen wichtigen "Frontabschnitten" stellen.

Die französische Nationalversammlung tritt am 26. April zu ihrer regulären Sitzung zusammen, nachdem eine ausserordentliche Sitzung, trotz Antrages der absoluten Parlamentsmehrheit, abgelehnt wurde. Sie hat sich zunächst mit der Bändigung der Bauernrevolte zu befassen. Zu gleicher Zeit wächst die Jähre in der Pariser Metallindustrie: 600 000 Arbeitnehmer stellen Lohnforderungen. Die politische Opposition verstärkt sich links und rechts. Die sozialistische Parlamentsfraktion will, gemeinsam mit anderen demokratischen Parteien, nach der Rückkehr de Gaulles einen Misstrauensantrag gegen die Regierung Debré stellen, der starken Widerhall finden könnte.

Das allgemeine Misbehagen wird durch die Ausweglosigkeit des Algerienkrieges gesteigert. Debrés programmatische Rede zur Algerienfrage hat weder links noch rechts befriedigt. Der Premierminister versäumte es nicht, den Maitach zu würdigen, der vor zwei Jahren zum Untergang der 4. Republik führte; er erntete dafür Beifall im "Echo d'Alger", dessen Chefredakteur de Sérigny allerdings weiterhin mit anderen Rädelsführern des Jungerepublikanismus in Pariser Zentralgefängnis sitzt. Mit Lippenbekenntnissen geben sich die Rechtsextremisten aber nicht zufrieden. In den letzten Wochen ging über Algerien ein Regen von aufrührerischen, rechteradikalen Flugblättern nieder, und in Oran warnten liberale Franzosen vor einem neuen Putsch, der schon in Kürze losbrechen könnte, "roten Blatiger" als die vorhergegangenen Umsturzversuche. Soustelle setzt seine Kampagne fort und soll deshalb aus der gaullistischen Regierungspartei UER ausgeschlossen werden.

Der Regierungschef betonte, Frankreich werde auf Algerien keineswegs verzichten; falls die Algerier sich in ihrer Mehrheit für die "unglaubliche und katastrophale Hypothese" einer Lostrennung von Frankreich entscheiden sollten, würde dies zur Teilung Algeriens führen. Vergänglich bemühte sich Debré andererseits, die liberalen Kreise zu beruhigen, sagte aber damit wieder am rechten Ast des Regimes: Frankreich werde die algerische Selbstbestimmung loyal einhalten, das Waffenstillstandsangebot bleibe bestehen. Die Friedenssehnsucht ist in diesem 6. Kriegsjahr so gross geworden, dass solche Worte nicht mehr besänftigen können, wenn sie nicht von Taten begleitet sind, nämlich von tatsächlichen Verhandlungen mit den Aufständischen.

Immer ungeduldiger verlangen die demokratischen und liberalen Kräfte Frankreichs Waffenstillstandsverhandlungen. Eine besondere wichtige Kundgebung in diesem Sinn war dieser Tage der Kongress der offiziellen, überparteilichen Studentenvertretung (UNEF). Die gewählten Studentenvertreter aller Universitäten und Fakultäten Frankreichs traten in Lyon zusammen und forderten mit 544 Stimmen (bei 104 Stimmenthaltungen und 137 Abwesenden) Verhandlungen mit der FLN über die praktischen Bedingungen eines Waffenstillstandes und der Durchführung wirklicher Selbstbestimmung.

An den französischen Universitäten wurde in den letzten Jahren mehrmals gegen bestimmte Folgen des Algerienkrieges demonstriert, vor allem gegen die Einschränkung der demokratischen Freiheiten und gegen die Schädigung der Studien. Zum ersten Mal nahmen die französischen Studenten diesmal gegen den Krieg selbst Stellung und äusserten, gemeinsam mit vielen Professoren, Sorge um die Zukunft der französisch-afrikanischen Beziehungen und insbesondere um die geistige und moralische Wiederversehung zwischen französischen und algerischen Studierenden. Diese Kundgebung zeigte eine Stimmung breiter Kreise, die sich keineswegs auf die geistige Vorhut dieses grossen Kulturlandes beschränkt, ein Drängen nach endlicher Wiederherstellung des Friedens, nach Freiheit und Gerechtigkeit.

Bonn und Israel

I.D. - Wieder einmal dementierte die Bundesregierung, daß sie irgendwelche näheren Beziehungen mit Israel angeknüpft habe. Dieses Mal ging es um wirtschaftliche Abmachungen, die der Bundeskanzler nach israelischen Angaben mit Ben Gurion in New York getroffen haben soll. Da diese Behauptungen aus israelischen diplomatischen Kreisen nicht zum ersten Mal laut werden, dürfte man mit einer gewissen Sicherheit annehmen, daß etwas an diesen Verlautbarungen der Wahrheit entspricht. Möglicherweise haben sich die beiden Regierungschefs nur grundsätzlich über zukünftige Wirtschaftsbeziehungen geeinigt und die Einzelheiten ihren Experten überlassen, denn zwischen dem israelischen und dem deutschen Regierungschef muß es zweifellos bei diesem ersten Treffen noch Wichtiges zu bereden gegeben haben.

Das ganze Hin und Her, ob Wirtschaftshilfe oder nicht, ob diplomatische Beziehungen oder nicht, mutet allerdings mittlerweile etwas merkwürdig an. Schon der Treffer der beiden Regierungschefs ging eine Heimlichtuerei voraus, deren Sinn man bis zum heutigen Tage nicht ganz begreifen kann. Wahrscheinlich hat Bonn um diese Geheimhaltung, um die arabischen Staaten nicht zu schrecken, die jede positive Haltung der Bundesrepublik gegenüber Israel zu der Drohung veranlaßt, sie würden die DDR anerkennen. Dies scheint aber ein überaus sinnloser Trick, denn das Treffen fand schließlich statt, und daran hat auch die Heimlichtuerei nichts geändert.

In der Frage der etwaigen Wirtschaftshilfe Bonns an Israel gäbe es zur Zeit noch eine Erklärung für die Geheimhaltung derartiger Abmachungen, wenngleich auch sie der Kühnheit entbehrt. Eine jordanische Regierungsdelegation unter Führung des Wirtschaftsministers El Kahiri ist kürzlich in Bonn eingetroffen, um in zwei Wochen dauernden Gesprächen mit Politikern und Wirtschaftlern alle Möglichkeiten deutscher Wirtschaftshilfe für Jordanien zu erörtern. Eine Bekanntmachung der Hilfeleistungen der Bundesrepublik für Israel könnte zum Maßstab der jordanischen Forderungen werden, von dem politischen Aspekt sei hier ganz abgesehen. Dies hat die Bundesregierung vermutlich durch ihr Stillschweigen vermeiden wollen. Die zur gleichen Zeit aus Beirut in Bonn eintreffenden Berichte, nach denen der Libanon von den Hilfsangeboten Bonns an Israel mit Bestürzung und Empörung Kenntnis genommen habe und auf Vergeltung sinne, haben die Bundesregierung in ihren Vorsichtsmaßnahmen sicher noch bestärkt...

Es hat sich nach dem Gespräch zwischen Adenauer und Ben Gurion erwiesen, daß die Araber trotz ihrer Drohreden diese Begognung hinnahmer. Ähnlich ist es im Falle der Wiedergutmachungsverträge im Jahre 1952 gewesen, als die arabischen Länder bereits mit dem Abbruch der Beziehungen zur Bundesrepublik drohten, wenn dieser Vertrag tatsächlich zustande käme. Die wirtschaftliche Lage der arabischen Staaten läßt es in Wahrheit auch heute noch nicht zu, daß die Araber Beziehungen zur DDR aufnehmen, die von der Bundesrepublik mit einem Abbruch der Kontakte zu den arabischen Staaten beantwortet werden dürften. Es ist den arabischen Staaten ohne Zweifel bewußt, daß das Wirtschaftspotential der Zone sich noch längst nicht mit dem der Bundesrepublik messen und die DDR auch die von der Bundesrepublik geleistete Wirtschaftshilfe nicht übernehmen kann.

Der Bundesregierung sollten diese Tatsachen bekannt sein. Die politische Vergangenheit, in die beide Völker verwickelt sind, verlangt jedoch eine klare und offene Politik. Wenn die Bundesregierung sich dazu noch nicht durchgerungen hat, so sollte man ihr nicht unbedingt böse Absicht unterstellen. Ihr Verhalten ist eher psychologisch zu erklären. Man möchte nichts falsch machen, man möchte wiedergutmachen, aber dies auch wieder nicht zu deutlich zum Ausdruck kommen lassen. Man verdeckt nur allzugern die Schwäche, die moralische Schwäche in diesem Fall, indem man sich gebärdet, als sei man die Stärke in Person, als diktierte man von einer Position der Macht die Beziehungen zu Israel. Und dies gelingt unsomehr, weil es der israelischen Regierung ganz offensichtlich um die Beziehungen mit der Bundesrepublik zu tun ist. Israel braucht die europäischen Länder, nachdem ihm die wesentlichen Staaten Asiens weiterhin verschlossen bleiben. Mit Frankreich ist der Bund bereits besiegelt. Die Bundesrepublik wäre ein zusätzlicher nützlicher Pürepracher im Europa-Rat im Hinblick auf wirtschaftliche Bindungen mit europäischen Institutionen. Daß Israel zugleich auch noch auf mögliche Wirtschaftshilfe von seiten der Bundesrepublik hoffen kann, ergibt sich am Rande und ist durchaus nicht von der Hand zu weisen.

Es ist hier nicht die Absicht, die Richtigkeit der Politik der Bundesregierung oder die Israels anzuzweifeln. Ganz kann man jedoch die Frage nicht unterdrücken, ob die Bundesregierung diese Politik der Halbheiten weiterzuführen gedenkt. Man dürfte dann allerdings erwarten, daß sie sich über kurz oder lang in Israel und in anderen Teiler der westlichen Welt endgültig diskreditiert.

Illusion oder Wirklichkeit?

sp - Am 15. Gründungstag der Vereinten Nationen fehlt es nicht an bitteren Bemerkungen über die angebliche politische Wirkungslosigkeit dieser Weltorganisation. Besonders NATO-Generalsekretär Spaak hat sich darin hervorgetan, obwohl auch er zugeben muß, daß die UNO während des Korea-Krieges, im Konflikt zwischen Israel und den arabischen Staaten, sowie während der Suez-Krise Schlimmeres verhüten konnte. Die UNO wird heute dadurch gehemmt, daß sich in ihrem Rahmen zwei gewaltige Militärblöcke einander gegenüberstehen, und daß die militärblockfreien Staaten noch nicht zahlreich und kräftig genug sind, um den eigentlichen Kontrahenten in der Weltpolitik - den USA und der Sowjetunion - wirkungsvoll entgegenzutreten zu können. Aber das kann und wird sich ändern. Die Gruppe der neutralen Staaten hat heute schon ein so großes Gewicht, daß sie gelegentlich den Druck der Großen aufheben. In wenigen Jahren wird keiner der Großen noch etwas unternehmen können, wenn die militärblockfreien Mitglieder der UNO nicht ihre Zustimmung geben. Spaak meint nun, man solle die Aufgaben der NATO erweitern. Er ist also für die Fortsetzung der Militärblock-Politik, die eine wirkliche Entfaltung der UNO hehmt. Vielleicht wird auch diese Frage auf der kommenden Gipfelkonferenz eine Rolle spielen, da die an diesem Treffen beteiligten Verhandlungspartner im Prinzip die UNO nicht als eine Illusion, sondern schließlich doch als eine politische Wirklichkeit verstanden wissen wollen. + + +

Ferngesteuerte CDU?

sp - Das unappetitliche Schauspiel, das der Minister für Vertriebene und Flüchtlinge, Oberländer, mit seiner widerrufenen Rücktrittsab-sicht zum Gaudium östlicher Propagandisten und zu unser aller Schaden liefert, hat ihm in der deutschen Öffentlichkeit den letzten Rest von Achtung gekostet - nur nicht bei der "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise". Deren Vorsitzender, Dr. Edgar Jahn, hielt es in Stuttgart für notwendig, vor dem Verband deutscher Soldaten und dem mit ihm verbündeten Kyffhäuser-Bund ein Plädoyer für das Verbleiben Oberländers als Minister zu halten. Und die Begründung? Die Angriffe gegen Oberländer seien vom Osten gesteuert, und es sei "erbärmlich", daß in der Bundesrepublik Vorwürfe eines politisch-kriminellen Regimes entgegengenommen würden. Wäre dem so, dann wäre es um die politische Widerstandskraft der Bundesrepublik schlecht bestellt, müßte sich doch dann selbst der allergrößte Teil der CDU-Bundestagsfraktion anklagen, der bolschewistischen Infiltration erliegen zu sein. Zum Glück ist dem nicht so. Die Empörung gegen das Verhalten Oberländers ist nicht ferngesteuert, sie fließt aus einem Gefühl für Anständigkeit und Sauberkeit im politischen Leben. Dafür hat die "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" (was ist eigentlich an ihr noch demokratisch?) anscheinend kein Empfinden. Auch das zweite Argument Jahns, mit dem Fall Oberländer würde eine zweite, vom Osten angefeuerte Entnazifizierungswelle sich über die Bundesregierung ergießen, hält nicht stand. An eine neue Entnazifizierung denkt kein verantwortlicher demokratischer Politiker, wohl aber dem, einem Minister zum Verschwinden zu bringen, der in keiner Hinsicht mehr tragbar ist und wohl es auch von Anfang an nicht war. Das Plädoyer für Oberländer zeigt freilich, welche einflussreiche Kräfte hinter diesem Manne stehen und ihm Rückendeckung geben. Geschicht dies aus Sinnesverwandtschaft? + + +

Verantwortlich: Günter Markschoffel